

13. Oktober 1921.

Der vorliegende Entwurf eines Nachtvertrags mit der Firma G. W. H. H. über Real vom Grundstück Nr. 108 — Jagen. Beinhaltet — wird genehmigt. Nach diesem Vertrage wird das bisher von der genannten Firma benutzte Grundstück auf weitere 16 Jahre vom 1. Januar 1922 verpachtet.

2. Von der Einladung des Frauenvereins zur Feier seines 75jährigen Bestehens erhält der Rat Kenntnis.

3. Gegen das Ortsgesetz zu der neuen Ortsgemeinde-Ordnung für die Kirchgemeinde Mies mit Poppitz und Mergendorf werden Bedenken nicht erhoben.

4. Von der Mitteilung des Ortsausschusses für den 14. Fortbildungskursus, daß der Garantiebetrag der Stadt zur Deckung des Defizitbetrags nicht in Anspruch genommen werden wird, nimmt der Rat Kenntnis.

5. Vom Berichte über Uebernahme des staatlichen Pulvermagazins, des sogenannten Schwarzen Platzes und des Kammer- und Wirtschaftsgeländes in Kasernen 1. 68 nimmt der Rat Kenntnis. Die beiden Pulvermagazine sollen sofort abgebrochen werden, damit das Real landwirtschaftlichen Zwecken angeführt werden kann. Vorher soll jedoch noch untersucht werden, ob an dieser Stelle brauchbarer Kies vorhanden ist. Seltenerfalls soll der Kies nach Bedarf zur Verwendungs kommen. Die durch die Abtragung des Kieses entstehende Grube soll später als Schutt-Abfall dienen.

Ueber die Errichtung des sogenannten Schwarzen Platzes als Sportplatz soll mit Beschleunigung ein Kostenschlag aufgestellt werden. Die anstehenden, zum Teil schon verfallenen Baulichkeiten sollen, um einen weiteren Verfall vorzubeugen und da sie an den jetzigen Stellen nicht stehen bleiben können, sofort abgebrochen werden.

6. Für die durch das Unglück in Oppau-Budwigshafen Geschädigten wird eine Spende von 2000 Mark bewilligt.

Zu Punkt 1 und 6 ist die Zustimmung des Stadtverordneten-Kollegiums erforderlich. Hierüber werden noch 46 Punkte beraten.

Amthliche Preisnotierung der Sächsischen Kartoffelnotierungskommission vom 12. Oktober 1921. Erzeugerpreise ab Verladeaktion je Zentner:

| | | | |
|----------|-------|-------|-------|
| Bautzen | 45-49 | 45-47 | 45-49 |
| Dresden | 44-51 | 44-48 | 47-52 |
| Leipzig | 46-49 | 45-48 | 47-50 |
| Chemnitz | 47-53 | 45-50 | 48-53 |

Bei Fortsetzung sofortiger Lieferung bis 3 Mt. Aufschlag pro Zentner.

„Kartoffel-Transport-Tage“ bei der Eisenbahn. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, sind von Vertretern der Landwirtschaft und des Handels mit dem Reichs- und Provinzialminister für Landwirtschaft und Forstwesen, um gemeinsam die Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch den Wagenmangel auf dem großstädtischen Kartoffelmarkt entstanden sind. Es wurde vorgeschlagen, wöchentlich etwa 1-2 besondere „Kartoffel-Transport-Tage“ auf den Hauptlieferungsgebieten einzuführen, um eine sofortige reichliche Versorgung mit Kartoffeln sicher zu stellen.

Die Kosten des Metallarbeiterstreiks. Während des Metallarbeiterstreiks hat der Metallarbeiterverband, wie aus Dresden gemeldet wird, wöchentlich über 3 Millionen Mark Unterstützung an die Streikenden zahlen müssen. Der Lohnausfall der Streikenden betrug über 60 Millionen Mark, der Produktionsausfall wird auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt.

Erhöhung der Wagenstandsgelder. Bei der gegenwärtigen schwierigen Betriebs- und Verkehrsverhältnisse der Eisenbahn ist es dringend erforderlich, daß der Umsatz der Güterwagen soweit als nur irgend möglich beschleunigt wird. Die dahin zielenden Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung werden bedauerlicherweise in sehr vielen Fällen von den Güterempfangern dadurch durchkreuzt, daß sie bei der Entladung säumig sind, anstatt, wie es nötig wäre, mit allen Mitteln für eine fristgemäße Entladung der Wagen zu sorgen. Die Eisenbahnverwaltung hat sich daher zur Vermehrung einer Störung in der Zufuhr der Betriebsmittel, insbesondere der Kartoffeln, und in der Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen genötigt gesehen, die Wagenstandsgelder allgemein zu erhöhen. Das nach Ablauf der standgeschrittenen Zeit zu berechnende Wagenstandsgeld ist hiernach bis auf weiteres wie folgt festgesetzt worden: für die ersten 24 Stunden auf 100 Mark, für die zweiten 24 Stunden auf 150 Mark und für jede weiteren 24 Stunden auf 250 Mark.

Das Sächsische Handwerk vor dem Obersten Gerichtshof des Reichs. Nicht ohne Absicht hatte das Sächsische Handwerk zum Handwerkerfest in Leipzig als Ziel seines Kampfes das Reichsgericht gewählt. Vor der höchsten Stelle der Deutschen Rechtsprechung, die in erster Linie berufen ist, die Reichsverfassung zu schützen, forderte das Handwerk den ihm zustehenden verfassungsrechtlichen Schutz nach Artikel 164. Dieser lautet bekanntlich: Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Ausbeutung zu schützen. Die ganze Ausstellung gab dem letzten Akte der großen Kundgebung einen besonders feierlichen Charakter. Unter den Führern des Sächsischen Handwerks in seinen Vereinen, Fachverbänden und Bezirksausschüssen hatten gegen 150 Innungsführer oberhalb der Freitreppe Aufstellung genommen, unten auf dem Platz aber harrten gegen 20.000 Handwerker auf die Schlußworte des Herrn Obermeister Wiener-Gemüß, der im Auftrage vom Landesverband des Sächsischen Handwerks kurz und markig nochmals die Forderung und das verbreitete Recht des Handwerks hervorhob. Die ganze Kundgebung war gewaltig und ernst. Regierung und Behörden werden nicht umhin können, ihr die größte Beachtung zu schenken.

Gräber. Die hiesige Ortsgruppe vom Volkstisch. Balenbund hält am Montag einen Vortragabend mit Gesang und Lichtbildern, in dem Herr Bundesdirektor Richter-Dresden über „Das deutsche Lied“ sprechen wird. (Siehe auch Vereinsnachrichten in vorl. Nr.)

Wohnen in Leipzig. Die Inbetriebsetzung der beiden Autokonten Großenhain-Meißen und Großenhain-Nabburg ist für den 1. Januar in Aussicht genommen.

Dresden. Ein entsetzlicher Unfall hat sich auf dem Bahnhöfen oberhalb der Biernitzmühle in Vorstadt Wahren zugetragen. Bei der dortigen starken Kurve wurden zuerst von einer Leipziger Baufirma Bahnbauten vorgenommen. Der mit noch einigen Kameraden auf dem Bahnhöfen beschäftigte Bauarbeiter Max W. war nicht rechtzeitig besetzt getreten und von der Schnelllokomotive erfasst und gegen eine Steinmauer geschleudert worden. Von dem Bauarbeiter gemerkt, hatten seine Kameraden sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Dem 49 Jahre alten verheirateten Mann war der Schädel zertrümmert worden, so daß sein Tod auf der Stelle eingetreten ist. In einem unbewachten Augenblicke hätte das drei Jahre alte Söhnchen eines hiesigen Ehepaars tapflicher in das in die Erde eingelassene Wasserloch. Als die Mutter nach wenigen Minuten ihr Kind vermehrte, fand sie es bereits ertrunken vor. Den Bemühungen der Ärzte und der Sanitätskommission der Feuerwehr gelang es nicht, das Kind ins Leben zurückzurufen. — Bekannt ist hier traurige Sozial-Ver-

anfangung in den wärderräumen, in denen in hiesige Kinder sich selbst überlassen sind, die Wasserlöcher mit einem Deckel zu schließen.

Dresden. In den nächsten Stadtverordnetenwahlen in Dresden werden sich die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und das Zentrum auf eine gemeinsame Liste vereinigen. Die ursprüngliche Plan einer bürgerlichen Gruppe, eine Kandidatenliste nach den Vorschlägen wirtschaftlicher Interessentengruppen vorzulegen, ist aufgegeben worden, da der Widerstand gegen diese Absicht bei verschiedenen politischen Gruppen zu stark war. Die Interessentengruppen des Bergbau- und Gewerbes und der Interessentengruppen des Dresdner Vereins blieben am Mittwoch abend eine Zeit lang bei der Abstimmung ab. Die Vertreter nahmen entsetzliche Stellung gegen die vom Räte der Stadt Dresden geplante Kartenteuer und gegen die Bestimmung, daß neben der Kartenteuer noch eine Haussteuer erhoben werden kann, die in außerordentlich hohen Anforderungen führen kann. Die schon an und für sich sehr hohe Steuer, die jeder Besucher eines Bergbauvereins entrichten muß und die gegenwärtig 10 M. betragen soll, ist nach der Vorlage noch zu erhöhen. Ein Verein von 300 Mitgliedern, der ein kleines Bergbauabteil mit, muß nach der Kartenvorlage allein 1788 M. Steuern entrichten, die sich bei einem Rücktritt noch auf 1900 M. und bei einem Maskeball auf 3000 M. erhöhen. Durch diese Kartenvorlage, die einer Abmilderung des Vereinslebens gleichkommt, wird es den Vereinen unmöglich gemacht, noch Bergbau abzuhalten. Wenn die neuen Verhandlungen mit dem Rat keinen Erfolg haben werden, wollen die Vereine keine Bergbau mehr abhalten und die Inhaber der Bergbauunternehmen ihre Betriebe schließen. — **Johann Georgenstadt.** Das „Sachsenblatt“, die bekannte Restauration an der Bahn Johann Georgenstadt-Narzdorf am Fuße des Weindberges, ist völlig niedergebrannt. Das Gebäude bestand vorwiegend aus Fachwerk; es war eine der schönsten Sommerfrischen des böhmischen Erzgebirges.

Werdau. Im benachbarten Langenbrunsdorf brannte die Scheune der früheren Mittelmühle nieder. Es wurden hierdurch alle Getreidevorräte vernichtet. Der Schaden wird auf 250.000 Mark geschätzt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Wipperfurth. Hier brannte der neue Gersteschuppen des Wirtschaftsbefizers Paul Schöndorfer nieder. Das Wohnhaus konnte mit großer Mühe erhalten bleiben. Es sind viele landwirtschaftliche Maschinen, ein ganz neuer Wagen, mit 30 Zentner Kartoffeln beladen, 10 Fuder Heu, dann Vieh, Hafer usw. mit verbrannt. Der Besitzer hat ganz nichts verbleibt und erleidet dadurch großen Schaden.

Leipzig. Frau Galtwitz-Schüler, die am Freitag bei einer Autofahrt verunglückte, ist im Kreiskrankenhaus Schmiedau ihren schweren Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Leipzig. Wie die „A. N. N.“ aus Halle melden, fuhr in Brundorf am Donnerstag nachmittag ein Kraftwagen mit sechs bis sieben bewaffneten Männern vor. Diese brangen in die Bergwerksscheune des Alwine-Vereins und raubten etwa 200.000 Mark. Das Auto fuhr dann in der Richtung Leipzig davon. — Infolge der Verzögerung der Entscheidung über ihre Lohnforderungen sind sämtliche Bauarbeiter und Zimmerleute Leipzigs in einen allgemeinen Streik getreten. Es wird, wie verlautet, von ihnen ein Stundenlohn von elf Mark gefordert.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Lohnforderungen der Angehörigen der Berliner Metallindustrie. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat es gestern in einer Versammlung abgelehnt, mit den Angehörigen der Industrie, die ein Ultimatum über ihre Lohnforderungen an den Verband gerichtet hatten, unter dem Druck von Drohungen und auf Grundlage der Forderungen der Angehörigen in neue Verhandlungen einzutreten. Nach diesem Beschluß ist mit einem Streik der Angehörigen in der Berliner Metallindustrie zu rechnen.

Unter dem Verdacht des politischen Landesverrats verhaftet. Der Schriftsteller Dr. Ewald Stadler ist gestern in seiner Berliner Wohnung verhaftet worden. Seine sämtlichen Briefschaften und Manuskripte wurden beschlagnahmt. Stadler soll in einem Artikel in der „Tagl. Rundschau“ politischen Landesverrat im Sinne des Art. 92 des Strafgesetzbuchs begangen haben. Er soll schon in den nächsten Tagen dem Reichsanwalt zur Vernehmung vorgeführt werden. **Wegen Verleumdung des Marineoffiziersfeldmarschalls verurteilt.** Das Schöffengericht Wilhelmshaven hat den Redakteur Drulke von der sozialistischen „Republik“ wegen Verleumdung des Marineoffiziersfeldmarschalls zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die geheimen Organisationen in Bayern. In einer Versammlung des katholischen „Vereins der Arbeiter“ teilte der bayerische Finanzminister Köhler mit, daß in den geheimen Organisationen, die in München aufgedeckt worden sind, mehr als 10.000 Organisierte waren, um unter einem Kommando loszuschlagen. Weiter bemerkte der Minister, daß Frau Gräberger auch heute noch Schmähbriefe erhalte.

Erregung in der Kartenteuer-Beamtenschaft. Die bis jetzt noch nicht erfolgte Einsetzung der Kartenteuer-Beamtenschaft in die Ortsklasse A hat zu einer ungeduldrigen Erregung geführt. Sämtliche Beamten- und Arbeiterorganisationen haben mit einem Streik gedroht, falls der bayerische Finanzminister nicht die Einweisung von Kartenteuern in die Ortsklasse A in Berlin durchsetzt.

Gegen den Wucher mit Lebensmitteln. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat einen Antrag eingebracht, der durchgreifende Maßnahmen gegen den Wucher mit Lebensmitteln verlangt und vorschlägt, allen im Staatsdienst stehenden Beamten, Pensionären und Hinterbliebenen eine Steuerungsulage (Inzestenz) zu gewähren und das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtage zur Ausführung der Mittel sofortigen Grundsteuererleichterung zuzugestehen zu lassen, die vornehmlich den Grundbesitzern schärfsten heranzieht. Ein weiterer Antrag verlangt eine planmäßige Verteilung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erträglichen Preisen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 13. Oktober 1921.

Starke Erregung in Oberschlesien.

Oppeln. Schwere Gefahren drohen den wissam erregungen politischen Freiden Oberschlesiens. Es besteht Grund genug zu der Befürchtung, daß im Augenblicke der authentischen Befreiung eine Erregung Oberschlesiens der deutsch gesinnte Bevölkerungsteil die bisher muttergöttlich bewachte Ruhe nicht bewahren wird. Namentlich unter der deutschgesinnten Arbeiterklasse der Industriegebiete wächst die Erregung von Tag zu Tag. Man hat genug unter der polnischen Herrschaft der Mai- und Juni-Tage gelitten und will unter keinen Umständen unter eine souveränität Polen kommen, während Personen der ober-schlesischen Arbeiterbewegung haben bereits erklärt, daß sie die Massen nicht mehr in der Hand haben und sie kaum noch zurückhaltend zu beeinflussen vermögen.

Oppeln. Die P.M.R. in Oppeln scheint, je mehr die Entscheidung beanträgt, immer mehr mit einer Aufstandsbewegung in Oberschlesien zu rechnen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Auf den Bahnhöfen bemerkt

man überall die polnische Polizei, in den Fabriken scheitert das polnische Verbot zu werden. Glaubt auf öffentlichen Plätzen, man kann kommunistische Kruppen. Bei den Zentralbehörden in Berlin werden, namentlich bei den Kreisbehörden, nicht erachtet. **Leipzig.** Man hat, gleiches das Land einem Wutausbruch, durch Handlung zu erwarten ist. Die polnische Polizei, die im alten Leipzig nach wie vor zum Vorschein kommt, die polnische Polizei für Polen.

Die amtliche Bekanntgabe des Entschlusses.

Berlin. Nach den hier vorliegenden Nachrichten wird der Oberste Rat mit großer Eile der nächsten Woche in London zusammenkommen, um auf Grund des Entschlusses des Reichsanwalts die Entscheidung über das Schicksal des Reichsanwalts zu fällen. Die im amtlichen Mitteilung über die Entscheidung an die hohen beteiligten Ministerien, Reichsanwalt und Reichsanwalt, werden also, wie man hier annimmt, nach dem 1. Tage vergehen.

Leipzig. Die politischen Kräfte erwarten man die Veröffentlichung des amtlichen Textes über die Lösung der ober-schlesischen Frage mit größter Spannung, weil auf Grund der in der letzten Mitteilung des Reichsanwalts über das Reich, ob der Reichsanwalt Vertrag überhaupt den Reichsanwalt berechtigt, Deutschland und Polen die Kontrolle über die Lösung vorgelegenen wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Kontrolle durch eine neutrale Macht anzuvertrauen.

Sachsen. Die Blätter bringen zum großen Teil keine Kommentare zu dem Entschluß, weil noch keine amtliche Mitteilung vorliegt. — Während der „Daily Herald“ den Vertrag, Teilungsvertrag, für verurteilt, stimmt die „Daily Herald“ ihm zu und tadelt den deutschen Versuch, auf die Entscheidung noch im letzten Augenblicke einzuwirken. Das Blatt stellt auch wie andere Blätter die volle Verantwortlichkeit bei der Entscheidung fest. — **Dresden.** habe im Voraus die kommende Entscheidung gefasst und ihr keine weitere Zustimmung gegeben. Die „Daily Herald“ läßt dabei die Verantwortlichkeit gewisser Stellen mit dem Spruch klar erkennen.

Zur Verhaftung Stadlers.

(Siehe auch unter „Deutsches Reich“)

Berlin. Der verhaftete Ewald Stadler hat in einem in der „Donnerstag-Angabe“ der „Tagl. Rundschau“ erschienenen Artikel die härtesten Angriffe gegen den Reichsanwalt Dr. Wirth erhoben und ihm vorgeworfen, daß er eine äußerst gewalttätige Politik treibe, und zur Begründung folgende Behauptung aufgestellt: „Ich stelle fest, daß nicht etwa eine unpopuläre Stelle, sondern der Reichsanwalt Wirth selbst ein Vertreter der „Wohlfahrt“ ausübende Mittelungen über die geplante Kreditaktion gegeben hat. Als ich bei der Veröffentlichung Widerstand erhob, hat der Reichsanwalt Wirth, die Tatsachen abzuweisen.“ — **Dem Reichsanwalt stellt Georg Bernbard fest,** daß der Reichsanwalt keinerlei Mittelungen über die von der Industrie geplante Kreditaktion der „Wohlfahrt“ zur Veröffentlichung übergeben habe und daß demnach auch für den Herrn Reichsanwalt die Notwendigkeit, sie abzuweisen, entfallen sei. Die „Tagl. Rundschau“ fragt, wo in dem betreffenden Artikel der Nachweis stehen soll, von dem angenommen werden könne, daß es ihm die Anklage wegen Verrates zum Nachteil des Reichs oder des Staates vorgebracht könne. Zur Vernehmung Stadlers wird, wie wir hören, der Oberstaatsanwalt nach Berlin kommen.

Berlin. Der „Berl. Lok.-Anz.“ schreibt: Eintritten kann man nur sagen, daß Ewald Stadler dem Reichsanwalt das gleiche Doppelspiel dem Auslande gegenüber zum Vorwurf macht, dessen Dr. Wirth in früheren Jahren wiederholt von der radikalen Linkspresse beschuldigt worden war, ohne daß gegen diese auch nur das geringste geschähe. — Stadler ist der Herausgeber der Wochenzeitschrift „Gewissen“. Seine Verhaftung erfolgte aufgrund des § 92 des Strafproz.-D.: „Diplomatischer Landesverrat“. Der Verordnungsbeleg u. a.: „Wer vorläufig Nachrichten öffentlich bekanntmacht, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich ist, wird mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft.“

Demonstrationen in Wien.

Wien. Nach einer Massenversammlung, die der Reichsbund österreichischer Frauen am Donnerstag nachmittag mit der Tagesordnung „Wir können nicht weiter“ veranstaltet hatte, begab sich ein Zug von mehreren tausend Frauen zum Parlamente. Der Finanzminister hielt eine beruhigende Ansprache. Etwa sechshundert überwiegend männliche Demonstranten fielen aber voran. Verschiedentlich kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Die Menge rief immer wieder: „Gedenke wie zu den Schieberhotels und hebe wie die Wucherer aus!“ Vor dem Hotel Bristol, dem Grand Hotel und dem Hotel Imperial kam es zu wüsten Szenen. Die Demonstration hatte vielfach antisemitischen Charakter, denn die Ueberfallenen waren zumest Juden.

Das italienische Abtigspar in Bosen.

Bogen. Bei dem Einzug des italienischen Abtigspareres hielt sich die deutsche Bevölkerung vollständig fern. Nur die italienischen Beduhs hatten zugehört. Die deutsche Bevölkerung zog auch die Vorbänge vor die Fenster.

Schweres Erbschicksalsunglück in Rumänien.

Bukarest. In dem Fort Rubeni bei Bukarest stießen 150 Wagen mit Munition in die Luft. Durch die Explosion wurden 10 Personen getötet und mehrere verletzt.

Eisenbahnunfall in Spanien.

Badajoz. Bei Almerida ist ein Verlesung in Folge Unterstellung des Bahndammes durch anhaltenden Regen eingeleitet. Nach einer amtlichen Meldung sind hierbei 11 Personen getötet worden, in der Mehrzahl Soldaten, die im Begriffe waren, zu ihren Regimentern zu ziehen, um nach Marokko zu fahren. Die Zahl der Verletzten ist noch unbekannt.

Eine Erklärung des deutschen Botschafters in Paris.

Paris. Die Pariser Abendblätter veröffentlichen folgende Erklärung des deutschen Botschafters: „In einem Morgenblatt wird die Behauptung aufgestellt, der deutsche Botschafter habe den Vertreter der französischen Regierung informiert, daß die deutsche Regierung sich im Falle einer Befreiung der Nachrichten von der Herstellung Oberschlesiens als aller Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten und besonders der Abmachungen mit Frankreich entledigt betrachten werde. Der deutsche Botschafter stellt fest, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht.“

Bestimmung des Kaufpreises Albert Trojowski Nachf.

Wie aus dem Angehörigen ersichtlich, erfolgt morgen Sonnabend die Wiederbestimmung des ehemaligen Geschäftsinhabers A. Trojowski Nachf. Das Kaufhaus Albert Trojowski Nachf. ist an einen Konzern übergegangen. Die Innenräume des Kaufhauses sind vollständig umgewandelt, die Abteilungen vergrößert und verschiedene Artikel neu aufgenommen. Durch Anschlag an eine große Kaufhaus-Bestimmung von 10 Geschäften dürfte die Firma in der Lage sein, allen Anforderungen bezahl. Kaufkraft und Qualität genügen zu können.

Morgen Sonnabend, den 15. Oktober
vormittags 10 Uhr

Eröffnung!

unseres der Neuzeit entsprechenden
Kaufhauses.

Aus der Fülle unserer preiswerten Angebote einige markante Artikel.

Hemdentuche 80 cm breit, nur gute Qualitäten
14.50 12.90 **10.90**

Roh-Nessel ca. 80 cm breit **8.90**
Roh-Nessel kräftige Qualität **10.90**

Hemdenbarchente gute haltbare Qualitäten
gestr. 14.90 11.90 **9.90**

Körper-Barchent weiß, in erstklassigen Quali-
täten 16.50 14.90 **13.90**

Schialdecken weiß, mit Kante, Jaquard
uni-grau 52.50 bis **29.50**

Einsatzhemden weiß, Trikot mit wundervollen
Einsätzen 59.50 bis **29.50**

Normalhemden gute Qualitäten
von 49.50 bis **29.50**

Strickbinder in modernen Farbenstellungen
von 21.50 bis **5.90**

Herrensocken stark gestrickt, reine Wolle, grau
kamelhaarfarb., Vigogne 22.50 bis **5.45**

Strickjacken in wundervollen Farbenstellungen
245.00 bis **195.00**

Kleider in tadelloser Ausführung und
guter Konfektion 425.00 bis **139.50**

Hemdbluse bwl. Flanell, in schönen hellen Streifen
54.00 **49.50**

Kostüm-Röcke aus guten praktischen Stoffen
69.50 **49.50**

Damen-Mäntel aus guten Flanschstoffen
435.00 bis **275.00**

Damenhemd mit Langnette und Stickerei
49.50 34.50 **23.90**

Korsett mit Spitze und Langnette
in Nessel und Drell 49.50 bis **19.50**

Damen-Blusenschürzen aus gut. Stoffen mit
Besatz 39.50 34.50 **28.90**

Damen-Strümpfe in Seidenflor, Maco, Flor und
Baumwolle 29.50 bis **5.90**

Zur Erinnerung an unsere Eröffnung erhält jeder Besucher unseres Hauses ein Geschenk!

Um zwanglose Besichtigung bitten:

Kaufhaus Albert Troplowitz Nachf.

Hauptstr. 43. **Riesa a. Elbe.** Telefon 269.

Wir zeigen hierdurch an, daß wir am 17. Oktober 1921 in

Gröba, Riesaer Strasse 10

im Grundstück des Herrn Konditoreibesitzer Helemann

eine **Geschäftsstelle** eröffnen, welche alle Arten Bankgeschäfte erledigen wird.

Kassenstunden: von 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm.

Sonabends von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.

— Fernruf Riesa No. 752. —

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir unsere Geschäftsstelle in Gröba später erweitern werden, nachdem das zu dem Zwecke zu errichtende Geschäftshaus fertiggestellt sein wird.

Wir bitten, unsere vorläufige Einrichtung rege benutzen zu wollen.

Riesa, den 14. Oktober 1921.

Riesaer Bank

Aktiengesellschaft zu Riesa.

Hauptstrasse 39. **Extra-Angebot** in nur modernsten **Damen- u. Kinderhüten** sowie **Zutaten**. Bitte meine Fenster zu besuchen. **Kaufhaus D. Morgenstern** Riesa a. E. **Telefon 313.**

Vereinsnachrichten

Kirchenchor. Sonnabend — 7,5 Uhr — Uebung.
Deutsch-nationale Ortsgruppe Riesa. Sonnabend, 15. 10., 8 Uhr nachm. Mitgliederversammlung im Vereinszimmer Wettiner Hof. Zahlreiche Beteiligung aus Stadt und Land erwünscht.
Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter (G. D.) Riesa. Sonntag, 16. 10. 21., 7,3 Uhr im Feldschlösschen Riesa Unterstützungsauszahlung und Bericht.
Freie Schwimmer, Gröba. Sonntag, 16. Oktober, Ausflug nach dem Collenberg. Treffen 11 Uhr vorm. am Bahnhof, bei schlechtem Wetter nachm. 3 Uhr Helemann.
Mittwoch, den 19. Oktober, 8 Uhr abends im Thüringer Hof Monatsversammlung. Referat des Bezirksleiters. Erscheinen aller Pflicht.
Turnverein Zeithain. Sonnabend, 15. 10., abends 7 Uhr gemütliche Monatsversammlung für Mitglieder u. Damen. Stellen Turnhalle.
Volkstheater, Zeithain, Ortsgr. Gröba. Zum Vortragsabend am 17. 10. abends 8 Uhr im Gasthof Große, Gröba, sind die Mitglieder und Freunde seiner Vorführungen herzlich eingeladen. Vortrag Bundesdirektor Richter, Dresden: Das deutsche Lied, m. Ges. u. Licht.

Gabelsberger Stenographen-Verein Riesa.

Der geplante **Vorbildungskursus** beginnt nächste Woche und zwar **Freitag 7,8—7,9 Uhr** in der **Gandelschule**. Er ist allen denen dringend zu empfehlen, die eine Befestigung und Vertiefung in der **Vertechnischrift** wünschen. Beschränkt werden 40—100 Stellen. Anschließ. 7,9—10 Uhr **Rechtschreibkursus**: Einführung in die **Satzführung**; **Schnellschreibweise** mit höherer **Silbenzahl**.
 Anmeldungen für den demnächst beginnenden **Anfängerkursus** wolle man baldigst bewirken beim 1. Vorsitzenden **Herrn G. Neutner, Schillerstr. 9**, oder beim **Schriftführer Herrn E. Gammisch, Feldstr. 13**, oder beim **Kassierer Herrn S. Große, Friedr.-Aug.-Str. 6**.

Turnverein Röderau.

Sonntag, den 16. Oktober 1921
17. Stiftungsfest mit Ball
 im Waldschlösschen Röderau. Anfang 8 Uhr.
 Dazu ladet alle Turnbrüder und Freunde der Turnerei freundlich ein

Mittwoch, abend 11,1/2 Uhr verschied nach kurzen, schweren Leiden sanft und ruhig unsere liebe Mutter, Frau
Clara verw. Fischer.
 Dies zeigen schmerzerfüllt an die trauernden Kinder.
 Weiba, am 14. Oktober 1921.
 Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 7,4 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Fünfundsiebzigjährig. Stiftungsfest des Frauenvereins von Riesa.

Sonnabend, den 15. Oktober 1921 abends 7,8 Uhr in **Höfners Saal**

Familienabend.

Vortrag des Herrn Pastor Dreves: **„Was tut not?“**

Musikalische Darbietungen von
 Fräulein **Quantia Norden-Brockmann** Violine
 Fräulein **Annamarie Land** Gesang u. Klavier
 Herr **Horst Krause** Gesang.
 Alle Mitglieder werden um ihr Erscheinen gebeten. Freunde, Gönner des Vereins, Gäste sind herzlich willkommen.
 Der Eintritt ist frei!

Sonntag, den 16. Oktober 1921, nachmittags 5 Uhr

Festgottesdienst

in der **Trinitatiskirche**.
 Festpredigt: Herr **Supercintendent Fiebig, Großenhain**.
 Der Vorstand des Frauenvereins: **Frau Doris Kayn**.



Café Promenade.
 Morgen Sonnabend, sowie Sonntag
Schlussstage vom Oktober- und Winzerfest.
 Sonnabend und Sonntag
Künstler-Konzert.
 Schoppenweine, weiß und rot, M. 5.50 einschließlich Steuer. Vorzügliche Speisen und Getränke. — Die Räume sind von der Firma **Alfred Büttner, Riesa**, stilvoll dekoriert.

Ortsgruppe Riesa und Umgegend

des **Einheitsverbandes deutscher Kriegsbefähigter und Kriegshinterbliebener e. V.**
Abteilung A und B.
 Sonnabend, 16. Oktober 1921, abends 8 Uhr im **Waldschlösschen zu Riesa**
Monatsversammlung.
 — Wichtige Tagesordnung. —
 Erscheinen eines jeden Kameraden ist Pflicht. Der Vorstand.

Gasthof Wülknitz.

Größter Konzert- und Ballsaal der Umgegend.
 Sonntag, den 16. Oktober
 Anfang 5 Uhr. **Erstklassige Musik. Neueste Tänze.**
 Dazu ladet ergebenst ein **Friedrich Ebert**.
 Empfehle in Vereinen meinen schönen Saal mit neuzeitlich eingerichteter **Lebensbahn** zur Abhaltung v. Festlichkeiten.

Gasthof Pausitz.

Renovierter Saal. Sonntag, den 16. Oktober
groß. Extrakoncert mit Ball.

Achtung! Achtung!

Gasthof Grödel

Für **flotte Tänzer** Sonntag, 16. Oktober
großes Vereinsbergnügen
 mit **Ueberraschungen vom Geselligkeitsverein**. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen. Anfang 8 Uhr. Es laden hierzu freundlich ein **der Vorstand und der Wirt.**

Gasthof Reussen.

Sonntag, den 16. Oktober
Katerbummel der F. W. V. Riesa.
 Mitwirken des Komikers **Herrn Klossch**.
 Abmarsch 7,5 Uhr nachm. unter der **Elbbühne**.
 Gäste herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Gasthof Heyda.

Sonntag, den 16. Oktober
öffentliche Ballmusik.
 Hierzu ladet freundlich ein **G. Sommer.**

Militärverein Merzdorf und Umgeg.

Sonnabend, den 15. Oktober, findet unser
Herbstvergnügen
 statt. Anfang 7 Uhr. Hierzu laden wir alle Mitglieder, deren Angehörige, sowie Freunde und Gönner des Vereins herzlich ein. **Der Gesamtvorstand.**

Hasen

gestreift und geteilt,
lebende Karpfen
 in jeder Größe,
frische Seezische,
Clemens Bürger.

Gasthof Sähra.

Sonntag, d. 16. Okt., ladet zur
Ballmusik
 freundlich ein **Dr. Thaschlein.**

Gasthof Sahnfeld.

Dienstag, den 18. Oktober
Saalweibe mit Ball.
 Anfang 7,7 Uhr.
 Gleichseitig halten wir unseren **Schmaus**

ab und laden alle Freunde und Gönner herzlich ein.
E. Hornemann und Frau.

Gasthof Lentewitz.

Sonntag, d. 16. 10., ladet zur
Ballmusik
 freundlich ein **Paul Gräbe.**

Gasthof Radewitz.

Zu dem am Sonntag, den 16. Oktober, stattfindenden
Jugendball
 werde mit guten Speisen und Getränken bestens aufwarten. **Max Jirsch.**

Raninenzüchter-Verein

Weiba u. Umgegend.
 Sonntag, d. 16. d. M., nachm. 2 Uhr im **Gasthof Seydewitz**
Monatsversammlung
 mit **Fishebewertung**. Es werden alle Mitglieder gebeten, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Pfeifenklub

Mehltheuer u. Umg.
 Sonntag, den 16. d. M., findet unser diesjähriges
Herbst-Vergnügen
 statt. — Anfang 7 Uhr. —
Der Vorstand.

Für die Teilnahme am Begräbnis meines lieben Vaters, unseres guten Vaters

Heinrich Reibelholz

sagen wir allen unsern aufrichtigsten Dank.
 Die trauernde Gattin
 nebst Angehörigen.
 Riesa, den 13. 10. 21.

Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.
 Hierzu Nr. 21 des „**Erzähler an der Elbe**“

Die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Eine Erklärung im Preussischen Landtag.

Präsident Heinemann erklärte im Preussischen Landtag im Auftrage der Reichsregierung das Gesetz betreffend Oberschlesien: Der Vorschlag des Völkerbundes würde den Grundsätzen, die in den Berliner Friedensverhandlungen (Schlesien) festgelegt sind, vollkommen widersprechen. Die in Oberschlesien geborene Bevölkerung habe mit großer Mehrheit durch die Abstammung entschieden, daß das Land beim deutschen Völkern verbleiben will. Polen kann keinerlei Rechtsanspruch an Oberschlesien geltend machen. Auch die Wahrung der am 20. März für Polen stimmte, hat nicht gewollt, daß Oberschlesien aufgeteilt und seine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit zerbrochen werden soll. Wir drücken der ober-schlesischen Bevölkerung das Gebührende an unumkehrbarer Treue aus. Wir müssen die Ausführung der vorbereiteten Lösung der ober-schlesischen Frage als eine brutale Vergewaltigung des Volkswillens empfinden. Wir müssen uns auf das entschiedenste weigern, einen solchen Gewaltakt als Recht anzuerkennen. Der Preussische Landtag erhebt daher feierlich Einspruch gegen eine solche, durch keinerlei Recht begründete Verewaltigung der Oberschlesier und er weiß sich in diesem Protest vollkommen einig mit der erdrückenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. (Beifall, sich wiederholender Beifall bei der Rede).

Das Urteil eines internationalen Finanzmannes.

Eine bedeutende Persönlichkeit der internationalen Finanzwelt, die einem früher deutsch-schlesischen Staatsangehörigen, hat gestern einem Vertreter des V. L. B. in Genf folgende Erklärung abgegeben: Das wichtigste und folgenschwerste an dem Gutachten des Völkerbundes dürfte wohl die Tatsache sein, daß der Rat nicht nur die Unmöglichkeit des gesamten Gebietes abgelehnt, sondern sich auch über die wirtschaftlichen und administrativen Momente, die nach dem Friedensvertrage Beachtung finden sollten, hinweggesetzt hat. In der getrennten ausgegebenen Mitteilung jagt nämlich der Völkerbundsrat selbst, daß das Industriegebiet eine untrennbare wirtschaftliche Einheit darstelle und daß die Folge einer das Industriegebiet zerschneidenden Grenze eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten würde. Der Völkerbundsrat versucht nun, anstatt das ober-schlesische Wirtschaftsgebiet bei Deutschland zu belassen, durch wirtschaftliche Zwangsmassnahmen gegen Deutschland das neue polnische Gebiet vor dem Untergang zu bewahren. Diese Maßnahmen haben zur Voraussetzung, daß Polen weder verwaltungsmäßig, noch sozial, noch industriell in der Lage ist, das Gebiet zu verwalten. Der Vorschlag des Völkerbundes ist deshalb so ungewissen, weil er im Grunde einfach folgenden Grundgedanken anstellt: Man nimmt dem wirtschaftlich Fähigen ein Gebiet fort und verlangt dann, daß er den unfähigen Erwerber über Wasser halte.

Das englische Parlamentsmitglied Kennworthy, das seinen aus Oberschlesien nach London zurückgekehrt ist, erklärte in einer Rede, die sog. Lösung der ober-schlesischen Frage sei ebenso furchtbar wie das Urteil Salomonis, wenn es durchgeführt werden würde. Ungekürzte ober-schlesische Arbeiter, die an vorgeschrittenen Arbeitergebieten gewohnt seien und in reinlichen, gut verwalteten Städten gelebt hätten, würden in Polen ausgeliefert, die in Degradation und Schmutz lebten. Die ober-schlesischen Arbeiter würden den Kommunisten in die Arme getrieben, und man könne sie deswegen nicht tadeln.

Ein Aufruf der Interalliierten Kommission.

Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitarkommission in Döppeln erläßt folgenden Aufruf: Verfügte Meldungen haben der Presse Veranlassung zu Rundreden gegeben, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören. Um eine völlig gerechte Bewertung des Ergebnisses der Abstimmung zu erzielen, haben die alliierten Mächte den Rat des Völkerbundes, dessen Unparteilichkeit unbestreitbar ist, eingeholt. Die Entscheidung muß von allen in Ruhe und Bedenken angenommen werden. Die Interalliierte Kommission wird jeder Demagogie entgegenzutreten; gegebenenfalls werden die schuldigen Zeitungen unterdrückt und ihre Druckerien geschlossen werden. Die Interalliierte Kommission ist entschlossen, jede Unordnung zu verhindern. Sie wird keine öffentlichen Kundgebungen dulden, ganz gleich, welcher Art oder in welcher Absicht sie veranstaltet seien. Die Interalliierte Kommission gibt sich der Hoffnung hin, daß die Bevölkerung Oberschlesiens auch bei dem Schicksal, welcher ihr Schicksal entscheiden soll, es sich angelegen sein lassen wird, dieselbe Besonnenheit zu bekunden wie am Tage der Abstimmung, und daß sie die Interalliierte Kommission in dem Augenblick, wo diese im Begriff steht die ihr von den alliierten Mächten anvertraute Aufgabe zu beenden, davon enthalten wird, zur Gewalt Zuzugriff zu nehmen.

Genève, den 13. Oktober 1921.
General de Martini, Sir Gerald Simons, General de Bond.

M. L. B. meldet aus Berlin: Die Interalliierte Kommission in Döppeln hat genaue Instruktionen für die Zeit der Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerbundes erhalten. Jeder Versuch, sich dieser Entscheidung zu widersetzen, ist mit allen Mitteln zu unterdrücken. Die Besatzungstruppen sind in dauernder Alarmbereitschaft an zentral gelegenen Plätzen zu halten; Transportmittel sind in so reichlicher Menge bereitzustellen, daß eine Verbringung der Truppen an andere Stellen sofort erfolgen kann. Die Grenzen sind hermetisch abzuschließen. Jeder Versuch, in denen Unruhen vorzukommen, ist sofort der Verlagerungsbehörde zu verhängen. — General de Bond befindet sich seit gestern in Begleitung des englischen und des italienischen Kommissars auf einer Besichtigungsfahrt durch das Abstimmungsgebiet.

Das Gutachten.

Die Mitteilung des Völkerbundssekretariats, die vor-gestern ausgegeben worden ist und die die erste amtliche Kundgebung über das Gutachten in der ober-schlesischen Frage darstellt, behält trotz der unbestimmten Form und obgleich alle Angaben über die Ergebnisse vermieden werden, die bisher veröffentlichten Meldungen. In Genf weitende Kenner der ober-schlesischen Verhältnisse weisen darauf hin, daß Einzelheiten über die Ergebnisse sich unmittelbar aus den Mitteilungen über die wirtschaftlichen Abmachungen herauslesen lassen. So könne es sich bei Abmachungen über die Eisenbahnfragen nur um Bestimmungen über die Eisenbahn-direktion handeln, die sich bekanntlich in Katowitz befindet, das nach den bisher bekannt gewordenen Meldungen Polen zufallen soll. Die Bemerkung über die Wasserversorgung gilt dem östlichen Teile des Kreises Tarnowitz, Angaben über die

Elektrizitätsversorgung im Drie Chorzow, der zwischen Katowitz und Königshütte liegt, und die Einzelheiten über die Zink- und Zinnproduktion verweisen von neuem auf Katowitz und vielleicht auch auf den östlichen Teil des Kreises Beuthen.

Das Gutachten bei Briand einetroffen.

Wie die Agence Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates gestern vormittag durch einen Sonderkurier des Völkerbundes die Empfehlungen hinsichtlich der Teilung Oberschlesiens im Wortlaut erhalten. Briand hat dies Dokument alsbald den alliierten Regierungen mitteilen lassen, und zwar durch Vermittlung ihrer Botschafter, damit die Maßnahmen zur Ausführung dieser Empfehlung entsprechend den Beschlüssen der letzten Pariser Konferenz getroffen werden können. Nach dem „Journal des Débats“ behält das Dokument des Völkerbunds aus einem Denkvermögen, einem Vorwort, in dem auseinandergesetzt wird, wie die Arbeit des Völkerbunds vor sich gegangen ist, aus einer Wiedergabe der Argumente, aus den Beschlüssen, auf die sich der Völkerbund bei der Festlegung der Grenze geeinigt hat, und schließlich aus der Ausführung der Gründe, um deren willen die Bildung eines Wirtschaftsrates vorgeschlagen wird. Wie daselbe Blatt mitteilt, weh man noch nicht, ob die Ratifikation durch den Obersten Rat oder durch den Botschafterrat erfolgen wird.

Eine Mitteilung Reuters.

Wie Reuters erfährt, meldet ein gestern vormittag von Döppeln aus Genf eingegangenes Telegramm, daß der Völkerbund die Empfehlungen des Ausschusses über Oberschlesien angenommen hat, deren Text den Alliierten mitgeteilt werden wird. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß eine besondere Zusammenkunft des Obersten Rates stattfinden wird, aber über diesen Punkt wird vor der Prüfung des vorgeschlagenen Textes noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden. Die Angaben über die Empfehlungen besagen, daß der Völkerbund eine sehr faire Lösung getroffen zu haben scheint, indem er das Gebiet gemäß dem Ergebnis der Volksabstimmung teilte, während anscheinend Vereinbarungen getroffen wurden, um die wirtschaftliche Wohlfahrt der in Frage kommenden Gebiete zu gewährleisten. Die Schlussanträge der alliierten Regierungen muß bis zum Erhalt des Textes abgemindert werden, doch muß daran erinnert werden, daß die Mächte sich verpflichtet haben, die Entscheidung anzunehmen. Dies schließt durchaus nicht die Möglichkeit aus, daß einer oder alle Alliierten Bemerkungen dazu vorbringen. Sobald die Entscheidung bekanntgegeben ist, wird erwartet, daß Deutschland und Polen sie vollkommen und loyal annehmen. Der Oberste Rat wird sich nicht im geringsten durch irgendeinen Versuch der einen oder anderen Seite, Abänderungen zu erhalten, in seiner Haltung beirren lassen.

Gymans und Bourgeois über die Verhandlungen des Völkerbundes.

Der belgische Vertreter im Völkerbundsrat Gymans sagte zu dem Genfer Korrespondenten des „Journal des Débats“ über die Verhandlungen des Völkerbundes, die vier Berichterstatter hätten das strengste Geheimnis gewahrt; von seiner Seite sei ein Druck auf sie ausgeübt worden. Es habe sich gleich anfangs herausgestellt, daß die loyale Auslegung der Volksabstimmung und die ethnischen und industriellen Zustände eine Teilung der Industriezone erforderten. Die Mitglieder des Völkerbundes verließen Genf mit ruhigem Gewissen in dem Gedanken, ihre Aufgabe genau durchgeführt und der Sache des europäischen Friedens gedient zu haben. In letztem Sinne sprach sich auch der französische Vertreter von Bourgeois gegenüber einem Berichterstatter des „Temps“ aus. Bourgeois sprach die Hoffnung aus, daß nach Verkündung der Lösung jedermann sich demühen werde, die Frage auf der gleichen Höhe zu halten, auf die der Völkerbund sie gehoben habe. Der französische Vertreter hob hervor, daß die durchgeführte Arbeit dem Völkerbunde Ehre machen und daß dieser fortleben und für die Menschheit eine Wohltat sein werde.

Der Vorschlag einer neuen Abstimmung.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, die Deutsche Liga für den Völkerbund, der Verband für die internationale Verständigung, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (deutscher Zweig), der Bund „Neues Vaterland“ haben ein Telegramm an den Völkerbundsrat gerichtet, worin es u. a. heißt: Es gilt nun einen Ausweg aus dem Schweben zu finden. Das Plebiszit hat keine erspöndliche Beantwortung der Frage nach dem Willen der Bevölkerung ergeben. Zur richtigen Interpretation desselben schlagen wir vor, die Bevölkerung erneut gemeindeweise zu befragen, ob sie beibehalten oder unter Zugrundelegung der Ergebnisse der ersten Abstimmung getrennt werden will. Mit dem Ergebnis dieser Abstimmung würden sämtliche Zweifel über die Bedeutung der Willensäußerung der Bevölkerung beseitigt sein. Niemand hätte ein Recht, die auf Grund dieses Resultates gefällte Entscheidung ungerecht zu nennen.

Die Konferenz von Venedig.

Der Streit um Ungarn scheint nun doch endlich beigelegt zu werden. Ungarn hat auf der Konferenz von Venedig den österreichischen Standpunkt insofern anerkannt, als es alle Garantien für die angeführte Übernahme des kritischen Gebietes durch Österreich, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon, übernehmen will. Österreich seinerseits hat Ungarn nach den vorliegenden Meldungen insofern Konzessionen gemacht, als es seine Einwilligung dazu gegeben hat, daß in dem Gebiete um Ödenburg eine Volksabstimmung stattfinden soll. Diese Abstimmung war nach den Vertragsbestimmungen ausgeschlossen und wurde auch auf die ungarischen Gegenverschlüsse zu dem Vertragsentwurf nicht genehmigt. Angesichts dieser Tatsache ist es falsch, von einem österreichischen Erfolg in Venedig zu sprechen. Österreich war im Recht und brauchte keinerlei Zugeständnisse zu machen. Sollte der Verbands-mächte wäre es gewesen, die Ausführung der Vertragsbestimmungen durch Ungarn zu erzwingen.

Das Wiener Tel.-Büro meldet aus Venedig: Donnerstag vormittag 10 Uhr wurde das Schlußprotokoll unterzeichnet, das die Ergebnisse der Besprechung enthält.

Die Großdeutschen gegen die Monarchisten.

Aus Wien wird gemeldet: In einer Sitzung der Landesparlamentarier der Großdeutschen Partei wurde der Kampf gegen die Monarchisten beschlossen und die Organisation eines unbewaffneten nationalen Selbstschutzes empfohlen. Ebenso wurde der Austritt der Nationalen aus der legitimistischen Frontkämpfervereins verlangt.

Der Spruch von Genf und die deutsche Regierung.

Die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien ist, obwohl noch keine offizielle Veröffentlichung hat, und obwohl die bisher vorliegenden, ziemlich übereinstimmenden Nachrichten in diesem oder jenem Einzel-Punkte sich noch als korrekturbedürftig erweisen mögen, in ihren Grundzügen jetzt nicht mehr zweifelhaft.

Polen erhält danach ungefähr die beiden südlichen Kreise Pleß, den größeren Teil von Kattowitz, die Ostteile von Tarnowitz und Lublitz.

Deutschland erhält einen Zipfel von Kattowitz, die Westteile von Tarnowitz und Lublitz sowie alles Gebiet westlich und nördlich des Industriegebietes.

Das Industriegebiet selbst aber wird geteilt. Und zwar fallen an Polen die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt und Kattowitz-Land. Während Deutschland nur Gleiwitz, Hindenburg und, vielleicht, Beuthen-Stadt behält.

Obwohl demnach also eine politische Aufteilung des Industrie-Landes erfolgt, soll es wirtschaftlich doch noch eine Einheit bleiben. In diesem Behufe soll eine befristete Völkerbunds-Kommission mit der völligen Wirtschaftssouveränität über beide Teile des Landes ausgestattet werden und diese Wirtschaftssouveränität soll ihr zunächst 10 bis 15 Jahre lang verbleiben, mit der Maßgabe, daß ihre Dauer verlängert werden kann, wenn die beiden Parteien bis dahin noch nicht in ein erträgliches Verhältnis zu einander gelangt sein sollten.

Das ist die Weisheit von Genf.

Vergleichen bemüht sich das Kommuniqué, das diese Entscheidung vor der Öffentlichkeit und vor der Geschichte rechtfertigen soll, letztes Produkt aus Jurisprudenz und wirtschaftswissenschaftlicher Spekulation als höchst gerechtes und kluges Botum hinauszustellen. Was es mit der Gerechtigkeit aus sich hat, läßt sich mit wenigen Zahlen belegen: zum Beispiel mit dem Abstimmungsergebnis von Kattowitz-Stadt, wo 2974 Stimmen für Deutschland und nur 390 für Polen abgegeben wurden; oder mit dem Ergebnis von Königshütte, wo sich das Verhältnis auf 1184 gegen 1074 stellte. Und von Klugheit ist schon ganz ausdrücklich nichts zu finden in einem Entschluß, der ein unheilvoll ineinanderverwobenes Wirtschaftsgebiet (zwei Länder geographisch wie die Räder eines Uhrwerks), so brüchig wie ein Eisblock in der „Times“ aus, der ein unentbehrbares Ganzes zuerst künstlich auseinanderreißt und dann noch künstlicher wieder zusammenboffelt. Diese ganze Konstruktion ist so gewaltig, daß schon heute zu bemerken ist, wie außerordentlich demüht der weltweite größte Teil der Welt von ihr berührt wird; und sie ist so gekünstelt, daß niemand ernstlich glauben kann, sie werde eine haltbare Lösung schaffen.

Man kann sogar sagen, daß sie dem klaren Wortlaut des Vertrages von Versailles widerspricht, und in der Tat wird auf diese Tatsache nicht nur in Berlin, sondern auch in London bereits aufmerksam gemacht. Man konstatiert, daß, wenn schon eine Teilung zwischen Deutschland und Polen vertragsgemäß gefastet ist, zu einer gleichzeitigen Kommissionsherrschaft und zur Übertragung wichtiger öffentlicher Rechte an eine Instanz, die weder polnisch noch deutsch ist, zweifellos kein Vertragsrecht besteht, und noch weniger sicher zu Bestimmungen, wie diejenige, daß auch in den polnisch werdenden Gebieten noch, jahrelang die Mark-Währung zu unterhalten sei.

Will England, — was nicht völlig ausgeschlossen scheint, — im Obersten Rat gegen die Annahme des Genfer Entschlusses opponieren, so kann es sich zweifellos auf diesen positiven juristischen Verstoß stützen und kann mitbedenken, obwohl es sich im voraus zur Annahme des Völkerbundsbeschlusses verpflichtet zu haben scheint, eine nochmalige Nachprüfung dieses Spruches ungefähr aus denselben Gründen verlangen, aus der im Straß- und Zürichrecht ein Prozeß revidiert werden muß, wenn schwere formale Verstöße vorkommen. Es ist, wie gesagt, nicht völlig ausgeschlossen, daß man in London so verfahren werde und schon aus diesem Grunde war es wohl richtig, daß die deutsche Regierung die Entschlußfassung über ihre eigene Haltung vorerst so lange verschoben hat, bis ihr die offizielle Benachrichtigung durch den Obersten Rat zugegangen sein wird. Anmerken ist diese Hoffnung außerordentlich schwach und die Erwägungen, die in Berlin jetzt über die Schritte im Ganzen sind, die wahrscheinlich am Montag oder Dienstag notwendig sein werden, rechnen mit einem Einbruch Englands sicher nur als einem äußersten Glücksfall.

Was aber soll die deutsche Antwort sein, wenn dieser Glücksfall ausbleibt, wenn ihm der Spruch des Völkerbundes mit der Bestätigung des Obersten Rates als Definitivum überhändigt werden wird?

Die deutsche Regierung hat bereits früher erklärt und sie hat das gestern in einem amtlichen Kommuniqué bekräftigt, daß sie sich angesichts einer solchen Entscheidung über Oberschlesien „vor einer neuen Lage“ setzen würde, daß sie also der Unmöglichkeit gegenüberstände, für ihre bisherige Erfüllungspolitik noch weiter die Garantie zu übernehmen.

Die praktische Konsequenz aus dieser Erklärung wird — das kann mit Sicherheit gesagt werden — die sein, daß die Regierung durch Mitte nächster Woche mit ihrer Demission vor den vorzeitig zusammenberufenen Reichstag treten wird. Aber die Frage bleibt offen, wie der Reichstag auf diese Demission reagieren, ob er sie annehmen oder ablehnen wird. Ueber diese Frage findet gegenwärtig der sorgenvollste Gedankenaustausch zwischen den Parteien statt, sorgenvoll vor allem deshalb, weil es sich ja naturgemäß nicht um den Rücktritt einzelner Männer, sondern um eine Veränderung der gesamten Politik handeln müßte, und weil niemand zu sagen weiß, wie diese neue einschlagende Politik eigentlich beschaffen sein sollte.

Nicht einmal die deutschnationale Partei scheint entschlossen zu sein, faktisch die Antwort zu geben, die in ihrer Presse gelegentlich vertreten wird: die Antwort, daß mit dieser Entscheidung über Oberschlesien mindestens das Wechselseitige Abkommen, vielleicht auch das Reparationsabkommen, vielleicht sogar der ganze Friedensvertrag zerfallen sei. Zu der Politik der Intransigenz, die damit eingeleitet würde, wohl auch die psychologischen und materiellen Vorbedingungen vielleicht nicht vorhanden werden, wenn sie vor die Frage gestellt werden würde, ob sie wirklich bereit wäre, eine Regierung auf Grund dieses Programmes zu bilden.

Von der Deutschen Volkspartei kann jedenfalls gesagt werden, daß sie eine solche Politik offenbar nicht verantworten zu können glaubt. Es ist aus ihren Blättern zwar zu entnehmen, daß sie den Rücktritt Reichs nicht ungerne sehen würde, aber es finden sich keine Anzeichen dafür, daß sie sich schon über den danach zu verfolgenden Weg klar geworden wäre. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht vom Abgang Reichs zwar als einer Begebenheit,

